

Wien, am Freitag, den 23. September 1927

WIENER GEMEINDERAT

Sitzung vom 23. September 1927.

Auf der Tagesordnung der Sitzung stehen 42 Geschäftstücke. Bürgermeister Seitz, der um 5 Uhr nachmittags die Sitzung eröffnet, teilt mit, dass davon zwanzig ohne Wortmeldung genehmigt sind. Es sind dies Subventionsansuchen des Vereines für Tierhygiene, des Gremiums der Wiener Handelsagenten, des Vereines der Naturbeobachter und Sammler, des Wissenschaftlichen Klubs, des Oesterreichischen Erfinderverbandes, ein Bauentwurf für einen Teil der Wohnhausanlage Am Wiener Berg. Spinnerin am Kreuz mit einem Kostenaufwand von zwei Millionen Schilling, verschiedene Grundankäufe, ein Sachkredit von 250.000 Schilling für die Ausgestaltung der öffentlichen elektrischen Beleuchtung, die nachträgliche Genehmigung des Projektes für die Ausgestaltung des Kongressplatzes in Ottakring in eine öffentliche Gartenanlage, der Bauentwurf für einige Baublöcke der Gartenstadt am Wienerberg mit einem Kostenaufwand von 4,2 Millionen Schilling, die Errichtung einer Liegehalle in der Lungenheilstätte Baumgartnerhöhe und einige kleinere Zuschusskredite.

GR. Alt (Soz. Dem.) berichtet über einen Grund- und Hausankauf am Kardinal Nagl-Platz auf der Landstrasse.

Die angekaufte Bodenfläche ist 2638 Quadratmeter groß. Der Kaufschilling beträgt 210.000 Schilling. Die Gemeinde trägt die Wertzuwachssteuer, wodurch sich die Kaufsumme auf 374.000 Schilling erhöht.

G. R. Zimmerl (E. L.) erklärt, dass die Opposition schon wiederholt festgestellt hat, wozu solche Haus- und Grundkäufe gemacht werden. Diese Käufe werden wohl immer damit begründet, dass sie wegen Arrondierung oder Verbauung notwendig sind. Es wurde aber auch schon gesagt, dass man kauft, weil das Haus oder der Grund billig zu haben ist. Das ist aber nicht ihre wirkliche Absicht. Sie wollen nur langsam die Enteignung des privaten Haus- und Grundbesitzes durchführen. Stadtrat Breitner hat ja in der Dresdner Volkszeitung geschrieben, dass in Wien einmal die Gemeinde die einzige Grund- und Hausbesitzerin sein wird. Um dieses Ziel zu erreichen, verwenden Sie so ausserordentlich hohe Beträge. Zu kritisieren ist auch die Art, wie Sie mit den Verkäufern verhandeln. Da haben Sie sich einen Grundsatz zurecht gelgt, der lautet: Je ärmer ein Hausbesitzer ist, desto weniger bekommt er. Das ist Wucher! (Beifall bei den Parteien der Einheitsliste). Der Verkäufer, dessen Verkauf wir heute verhandeln, ist aber kein armer Hausbesitzer, sondern ein bekannter Bauspekulant der Vorkriegszeit. Bei den Verhandlungen mit ihm haben nicht Sie diktiert, sondern er. Während verarmte Hausbesitzer nur das Neunhundertfache oder Tausendfache des Friedenswertes bekommen, zahlen sie dem Herrn Dr. Kühnel das Dreitausendfache. Die Gemeinde hat dann noch die Wertzuwachssteuer auf sich genommen und deshalb sollen wir heute nicht 210.000 Schilling bewilligen, sondern 364.000 Schilling. Der Bauspekulant verhandelt eben anders. Er bekommt nicht das Dreitausendfache, sondern mehr als das Fünftausendfache des Friedenswertes. (Rufe bei den Parteien der Einheitsliste: Unerhörte!)

Nun kommt es zu einer kleinen Lärmszene. Gemeinderat Angermayer ruft dem Sprecher zu, er möge sich nicht anstrengen, da ihm niemand von der Majorität zuhört. Gemeinderat Zimmerl macht den Bürgermeister auf den Lärm auf der rechten Seite aufmerksam. Als der Bürgermeister ant-

worten will, wird er durch Zurufe des GR. Werbsau am Sprechen gehindert. GR. Preyer ruft: Das ist ja keine Versammlung der Gemeindegewalt! Der Bürgermeister ersucht nun alle Mitglieder des Gemeinderates die Zwiesgespräche einzustellen, worauf GR. Zimmerl seine Ausführungen fortsetzt, eingehend den Kaufvertrag kritisiert und dagegen Protest erhebt, dass die Gemeinde bereits mehr als vier Millionen Schilling heuer für Haus- und Grundkäufe verausgabt hat, während im Voranschlag nur zwei Millionen eingesetzt sind. Die Minderheit werde diesem Kauf nicht zustimmen. (Beifall).

GR. Alt entgegnet, dass die Gemeinde niemals eine Enteignung durchgeführt habe. Ein Druck auf Hausbesitzer und Grundeigentümer werde selbstverständlich nicht ausgeübt. Richtig ist, dass viele Hausbesitzer entweder gegen eine Leibrente oder einen den gegenwärtigen Verhältnissen entsprechenden Kaufbetrag ihre Häuser an die Gemeinde abgeben. In dem vorliegenden Fall könne keineswegs von einer zu hohen Kaufsumme gesprochen werden.

Der Antrag wird angenommen.

GR. Schön (Soz. Dem.) beantragt, dass für die Schulküme Handtücher angeschafft werden sollen. Die Kosten stellen sich auf 32.500 Schilling.

GR. Höppeler (E. L.) erklärt, dass die gegenwärtige Gemeindeverwaltung mit diesem Antrag sich ein Armutzeugnis ausstellt. Ein Handtuch ist doch ein unentbehrliches Requisite in der Schule. Jeder Winkeladvokat und jede Dorfschule verfügt über ein Handtuch, nur die Hauptstadt kann den traurigen Ruhm für sich in Anspruch nehmen, dass im neunten Jahre nach dem Zusammenbruch noch immer die Schulklassen ohne Handtücher sind. Unter der früheren Verwaltung hat es in der Schule sowohl Seife als auch Handtücher gegeben. Der gegenwärtige Zustand ist tief bedauerlich, weil im Zeichen der Schulreform mit Plastelin, Kleister, Ton und Erde gearbeitet werden muss, die Hände der Lehrpersonen beschmutzt werden und keine Reinigungsmöglichkeit vorhanden ist. Da ist es nicht zu verwundern, dass wiederholt Lehrpersonen ansteckende Krankheiten in ihre Familie eingeschleppt haben. Der Wiener Landtag hat übrigens im Jahre 1923 ein Gesetz beschlossen, dass die Gemeindeverwaltung zur Beistellung sämtlicher Schul- und Unterrichtserfordernisse verpflichtet. Erst jetzt will die Gemeinde ihrer gesetzlichen Verpflichtung nachkommen. Obwohl in den Lehrerkonferenzen wiederholt auf diese Tatsache hingewiesen worden ist, hat es neun Jahre gedauert, bis nun endlich diese gesetzliche Verpflichtung erfüllt wird. Damit hat die Gemeindeverwaltung keineswegs die von ihr immer in Anspruch genommene Schulfreundlichkeit, sondern eine ausgesprochene Schulfreundlichkeit bewiesen. (Beifall)

GR. Schön erwidert, dass die Handtücher in den Schulen nicht von den Christlichsozialen, sondern schon von den Liberalen eingeführt worden sind. Der Gemeindeverwaltung aus der Verzögerung einen Vorwurf zu machen, sei unangebracht, weil sie den Kindern alle Lernmittel im Gegensatz zur früheren Verwaltung vollständig umsonst gibt, eine Schulspeisung eingeführt hat und auch eine vorbildliche Schulgesundheitspflege betreibt. Gewiss auch die christlichsoziale Gemeindeverwaltung den Kindern die Lernmittel gegeben, es waren aber Armenlernmittel und der Vater des Kindes hat deshalb sein Wahlrecht verloren. (Beifall bei der Mehrheit).

Der Antrag wird angenommen.

Der Bürgermeister teilt mit, dass der auf der Tagesordnung befindliche Antrag auf Genehmigung des Bauentwurfes für die Wohnhausanlage in der Cumberlandstrasse-Astgasse-Penzingerstrasse-Leegasse ohne Wortmeldung angenommen ist. Die Baukosten betragen 3,6 Millionen Schilling. Mit der Planfassung wurde Architekt M. Rosenauer betraut.

GR. Schön berichtet über den Bedarf von Schreib- und Rechenmaschinen in städtischen Aemtern. Er beantragt den Ankauf von vierzig Schreibmaschinen und sechs Rechenmaschinen.

GR Angermayer (E.L.) bezeichnet diesen Antrag als eine Verschleierung des Budgets. Für diesen Ankauf muss nämlich ein Zuschusskredit von 55.000 Schilling angesprochen werden, während die Budgetpost nur 50.000 Schilling betrug, so dass der veranschlagte Betrag um mehr als hundert Prozent überschritten wird. Unter der früheren Verwaltung waren solche Nachtragskredite seltener, während sie heute fast zur Regel geworden sind. Von Interesse ist übrigens, dass die Sozialdemokraten, die sich immer als die Schützer der Arbeitslosen aufspielen, durch den Ankauf von Rechenmaschinen die Beschäftigung von Angestellten verhindern. Gewiss liegt die Mechanisierung im Zug der Zeit, aber gerade die Sozialdemokratie darf infolge ihrer Stellungnahme zur kapitalistischen Wirtschaft, nicht so vorgehen. In allen städtischen Betrieben sieht man diese Mechanisierung. Die Minderheit wird für diese Post stimmen; sie hofft aber, dass im nächsten Budget genauer gerechnet wird, damit man von einem ordentlichen Voranschlag mit Recht reden kann. (Beifall).

GR Schön erwidert, dass die Gemeinde trotz der Anschaffung von Maschinen, keinen einzigen Angestellten entlassen habe. Es werde aber allgemein verstanden, wenn auch die Gemeinde der Modernisierung Rechnung trägt.

Der Antrag wird angenommen.

GR Hellmann (Soz. Dem.) beantragt die Neuerrichtung von zwei Schulküchen in der Quellenstrasse und in der Margaretenstrasse, die Ausgestaltung verschiedener hauswirtschaftlicher Lehrkurse und die Zusammenfassung der über 14 Jahre alten Hilfsschülerinnen zu einer Kochgruppe. Die hauswirtschaftlichen einjährigen Lehrkurse erfreuen sich eines ganz besonders starken Besuches, weshalb eine Erweiterung unbedingt notwendig ist.

GR Schlossinger (E.L.) erklärt, dass die Errichtung von zwei Schulküchen ein ganz bescheidener Fortschritt in der Reform der Mädchen-schulen sei. Das Bedürfnis nach Schulküchen und nach einer besseren hauswirtschaftlichen Ausbildung der Mädchen ist ein sehr grosses. Für 86 Mädchenbürgerschulen gibt es nur neun Schulküchen. 14 Bezirke Wiens sind noch gänzlich unversorgt. Das Sozialdemokratische vertritt den Standpunkt, die einzelnen Haushalte aufzulösen und sie durch Einküchenhäuser zu ersetzen. Deshalb legen Sie sich bei der Errichtung von Schulküchen eine so grosse Reserve auf. Das Hauptschulgesetz aber erklärt ausdrücklich, dass die Kinder für das praktische Leben vorbereitet werden müssen. Damit ist für den Wiener Stadtschulrat die Weisung gegeben, auch die Mädchenbürgerschulen gründlich zu reformieren. Schulküchen sind notwendig, weil für die Mädchen die Kenntnisse in der Hauswirtschaft unerlässlich sind.

In seinem Schlusswort erklärt Gemeinderat Hellmann, dass die Zahl der Kochabteilungen von 21 auf 34, die Zahl der Schulküchen von 7 auf 9 und die Zahl der teilnehmenden Schulen von 11 auf 17 gestiegen ist.

Der Antrag wird sodann angenommen.

St. R. Richter (soz. dem.) ersucht um die nachträgliche Genehmigung der auf Grund des Paragraph 96 getroffenen Verfügung des Bürgermeisters, für 23.300 Schilling Ausrüstungspläne für die städtische Feuerwehr anzufertigen.

G. R. Doppler (E.L.) kritisiert die Anwendung des Paragraph 96 und erklärt, dass bei einer vorsichtigen Führung der Geschäfte die Anwendung des Paragraph 96 hinfallig gewesen wäre. Es ist bekannt, dass die Feuerwehr über ein sehr grosses Kartenbüro verfügt. Von besonderem

Wert ist aber, dass die Karten richtig angelegt werden. Bei ausgestellten Plänen in der Ausstellung Wien und die Wiener soll es vorgekommen sein, dass manche Pläne der Prüfung auf ihre Richtigkeit nicht standhalten konnten. In letzter Zeit haben sich Fälle ereignet, dass man wohl die Pläne bei der Hand hatte, aber trotzdem nicht die Hydranten gefunden hatte. Das war beim Brand in der Schönbrunnerstrasse der Fall, wo der Hydrant hinter dem brennenden Haus sich befand. Ein Feuerwehroffizier, der ausser Dienst war, musste herbeigeholt werden und dann wurde erst die Löschaktion wirksamer. Solche Dinge ereigneten sich auch in Altmannsdorf und in Kaiserebersdorf. Der Redner bringt dann zur Sprache, dass die Berufsfeuerwehr in Ottakring in einem Hause einen Hauptkanal auspumpt, dafür einen Voranschlag von 50 bis 60 Schilling machte, in die Rechnung über 326 Schilling stellte. Der Hausbesitzer ist um Ermässigung vorstellig geworden, seinem Ansuchen wurde aber nicht stattgegeben. Es ist unerbötlich, aus einer selbstverständlichen Pflicht ein Geschäft zu machen. Wofür ist denn dann die Feuerwehr eigentlich da, in die Rechnung wurde sogar ein zweiprosentiger Regiezuschlag gestellt. Seit wann ist die Feuerwehr berechtigt, solche Geschäfte zu machen. Sie versuchen alles, um für Ihre Zwecke die Mittel hereinzubringen. Auf der anderen Seite wieder werfen Sie das Geld wahllos hinaus. Da ist mir heute mitgeteilt worden, dass heute um neun Uhr früh ein Magistratsrat mit seiner Frau und noch zwei Beamten mit dem Auto A II hS, das früher eine blaue Tafel hatte, jetzt aber eine rote hat, zum Arlbergrennen gefahren ist. Das ist so eine fliegende Steuerkontrolle.

Stadtrat Breitner: Tut es Ihnen leid, dass Steuerschwindler überwacht werden? Sie treten für Steuerschwindler ein! Sie sind die Beschützer der Steuerschwindler!

G. R. Doppler fortfahrend: Wir sind keine Beschützer der Steuerschwindler, aber wird sind dagegen, dass in einer solchen Weise die Geschäfte geführt werden. (Beifall bei der Minderheit).

In seinem Schlusswort erklärt Stadtrat Richter, dass der Antrag durch zwei Ausschüsse gegangen und von beiden bewilligt worden ist. Lediglich wegen einer Frist von sechs Tagen musste die Verfügung des Bürgermeisters eingeholt werden. Bezüglich der vorgebrachten Beschwerden wegen der Unrichtigkeit einzelner Pläne ersucht er, die Fälle zu konkretisieren. Beim Brand in Altmannsdorf war er selbst anwesend und er konnte daher die Vorfälle sehr genau. Was über die Löschaktion in Altmannsdorf gesprochen wird, ist eine Legende. Sie entstand nur deswegen, weil die Feuerwehr nicht dort eingegriffen habe, wo es ein Altmannsdorfer wollte. (Heiterkeit bei den Parteien der Einheitsliste. Dem Referenten wird zugerufen: Das ist auch eine Legende!) Was den Fall des Auspumpens eines Kanals anlangt, stelle ich fest, dass der Beistand der Feuerwehr nur bei Elementarereignissen unentgeltlich ist. Die Leih- und Beistellgebühren wurden übrigens vom Gemeinderat genehmigt. Die Auspumparbeit in Ottakring war eine ganz normale, wofür selbstverständlich gezahlt werden muss.

Der Antrag wird sodann angenommen.

Vizebürgermeister Emerling beantragt den Ankauf von weiteren fünfzig Autobussen und die Herstellung der erforderlichen Garagen. Der Gemeinderat hat bereits heuer im Mai beschlossen, dass fünfzig Autobusse bestellt werden sollen, so dass zusammen hundert Wagen angekauft werden. Es ist geplant sechs Autobuslinien zu führen. Die genaue Linienführung steht noch nicht fest. Die Direktion schlägt vor, dass eine Linie vom Praterstern durch die Leopoldstadt über Tuchlauben, Kohlmarkt zum Mariahilfer Gürtel, die zweite Linie vom Westbahnhof durch die Innere Stadt bis zur Marxergasse, die dritte Linie vom Alterleinfeldplatz durch die Stadt bis zur

Barichgasse auf die Landstrasse, die vierte Linie von der Volksober über die Währingerstrasse zur Kärntnerstrasse, die fünfte Linie von Matzleinsdorf durch die Stadt zum Franz Josefsbahnhof und die sechste Linie von Floridsdorf durch die Innere Stadt zur Wienzeile, eventuell bis nach Meidling geführt werden soll. Die Intervallen sollen möglichst kurz, ungefähr vier bis sechs Minuten sein. Die Anschaffung der fünfzig Autobusse und die Herstellung der Garagen erfordert eine Ausgabe von 6,5 Millionen Schilling.

GR. Gschlacht (E.L.) erklärt, dass die Verkehrsverhältnisse in Meidling immer unleidlicher werden. Es sei deshalb zu begrüssen, dass der Referent freilich nur unter Vorbehalt die Führung einer Autobuslinie bis Meidling erwähnt hat. Die Strassenbahnlinien nach Meidling, insbesondere die Linie 61, sind ungeheuer stark frequentiert. Es ist ganz selbstverständlich, dass die Gemeinde sich einmal mit dem Problem der Erbauung einer Schnellbahn befassen wird müssen. Schliesslich ersucht der Redner um Aufklärung, wieviel von den 6,5 Millionen Schilling für die Anschaffung von Autobussen und wieviel davon für den Bau von Garagen bestimmt sind.

GR. Pfeiffer (E.L.) sagt, dass wenn nur die hier beanspruchten 6,5 Millionen aus Bankkrediten genommen werden sollen, darüber nichts zu reden wäre. Aber auf der Tagesordnung steht auch die Anschaffung von Signalglocken mit einem Aufwand von 120.000 Schilling und auch dieser verhältnismässig geringe Betrag werde aus Bankkrediten genommen. Gewöhnlich nimmt aber nur der einen Bankkredit, der kein Geld hat. Aber auch er nimmt diesen Kredit nur widerwillig, weil er ja viel Zinsen bezahlen muss. Wir erleben hier, dass immer wieder Bankkredite verlangt werden, ohne dass man uns sagt, warum. Ich möchte sehr gerne vom Finanzreferenten erfahren, warum diese Art der Geldmanipulation von der Gemeinde angewendet wird. Die Gemeinde muss für die Gelder, die sie von der Escomptegesellschaft borgt, mehr Zinsen zahlen, als für das dort von ihr eingelegte Geld bekommt. Das bedeutet für die Gemeinde einen unerhörten Verlust. Freilich, wenn der Finanzreferent Milliarden den städtischen Unternehmungen zur Verfügung stellen würde, dann würde jeder sehen, dass die Gemeinde mehr Geld einnimmt, als sie benötigt. Deshalb wird dieser Bankkredit genommen und wird die Gemeinde um riesige Beträge geschädigt. (Beifall bei der Minderheit).

GR. Wielsch (E.L.) wünscht, dass bei den neuen Autobussen entsprechende Ventilationen angebracht werden, weil bei den jetzt im Verkehr befindlichen Wagen, die ja immer überfüllt sind, die Luft sehr schlecht ist. Leider wird jetzt der Autobusverkehr schon mit dem Einbruch der Dämmerung eingestellt, eine Verlängerung wäre dringend notwendig. Auch die Reinlichkeit in den Wagen lasse sehr viel zu wünschen übrig.

GR. Zimmerl (E.L.) führt aus, dass über die Bankkredite im Gemeinderat wiederholt gesprochen worden ist. Die Gemeinde legt auf verschiedene Konten in der Escomptegesellschaft Gelder ein. Sie gibt den Unternehmungen keinen Kredit mehr, sondern diese müssen das Geld bei der Escomptebank borgen. Das wurde nicht immer so gemacht. Früher wurden den Unternehmungen die Gelder aus den Kassenbeständen gegeben. Bei der steuerrechtlichen Behandlung hat sich aber herausgestellt, dass diese Gelder versteuert werden müssen. Man hat deshalb den Weg der Bankkredite gewählt. So will man der Besteuerung durch den Bund aus dem Weg gehen. Es wurden bereits Milliarden dem Bund entzogen.

StR. Breitner: Die Darstellung, die hier über die Bankkredite gegeben worden ist, stämmt wohl was den Vorgang anlangt, sie ist aber vollkommen unrichtig, was die Motivierung betrifft. Schon im Finanzausschuss habe ich mitgeteilt, dass wir die städtischen Unternehmungen durchaus nicht von dem Grundsatz zu leiten haben, wie sie das Maximum an Steuern zu tragen haben, sondern von der Absicht leiten, möglichst billige Tarife der Bevölkerung zu bieten. Es hat der Verwaltungsgerichtshof wiederholt ausgesprochen, dass der Steuerträger seine Buchungen nicht so einrichten müsse, dass er unbedingt die höchsten Steuern zu zahlen hat. Wie war es in dieser Beziehung unter der christlichsozialen Verwaltung? Damals sind Anleihen aufgenommen worden. Diese Anleihen wurden von der Gemeinde aufgenommen, die dann den einzelnen Unternehmungen bestimmte Teile der Anleihe zugewiesen hat. Die Unternehmungen hatten dann für die Verzinsung und Amortisation aufzukommen. Die Steuerbehörde hat damals den ganz richtigen Standpunkt eingenommen, dass diese Zinsen eine Steuerabzugspost bilden. Wir haben keine Anleihe aufgenommen. Aber aus der Tatsache, weil wir keine Anleihe aufgenommen haben, darf doch nicht eine Besteuerung eintreten. Als uns aber zur Kenntnis kam, dass die den Unternehmungen von der Gemeinde zur Verfügung gestellten Gelder steuerrechtlich nicht so behandelt werden sollen, wie dies bei den Anleihen geschah, haben wir in einer Zuschrift dem Finanzministerium mitgeteilt, dass wir von nun an eine andere Buchung vornehmen werden. Es wird nicht mehr die Gemeinde den Kredit geben, sondern die einzelnen Unternehmungen werden Bankkredite aufnehmen. Es wird Sache des Finanzministeriums sein, festzustellen, wer hier im Recht ist. Aber Sie werden zugeben müssen, dass wir vollständig loyal vorgegangen sind und es nur wünschenswert wäre, wenn alle österreichischen Steuerträger so vorgehen würden. (Beifall).

Schon im Finanzausschuss habe ich bekanntgegeben, dass es ganz selbstverständlich ist, dass die Escomptegesellschaft aus diesen Buchungen nicht den geringsten Gewinn erzielt. Sie ist nicht einmal in der Lage sich für diese Arbeit auch nur ein Viertel pro Mille anzurechnen. Im Uebrigen handelt es sich hier um eine Frage der Fiskaljuristen. Der Bund hat ja niemals der Gemeinde gegenüber ein Uebermass an Wohlwollen gezeigt. Wenn also unsere Auffassung nicht haltbar ist, dann soll der Bund einfach die von uns vorgelegten Bilanzen nicht passieren lassen und schliesslich wird der Verwaltungsgerichtshof entscheiden was rechtens ist. Wir werden uns dem Spruch dieses höchsten Gerichtshofes fügen. Das ist der einfache Sachverhalt. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei der Mehrheit).

GR. Uebelhör (E.L.) meint, dass mit der Einstellung von hundert Autobussen das Wiener Verkehrsleiden keineswegs beseitigt ist. Er wünscht eine gründliche Verbesserung des Strassenbahnverkehrs und verlangt, dass die geplante neue Autobuslinie in Hernals bis nach Neuwaldegg geführt werde. Schliesslich sollte die Strassenbahndirektion strengstens darauf achten, dass das Stehen auf den Trittbrettern der fahrenden Wagen vermieden wird, weil das zu den schwersten Unglücksfällen führen kann.

G.R. Dirisamer (E.L.) führt Klage darüber, dass die Autobuslinien vom Stephansplatz über den Hof nur bis Schottentor geführt wird. Eine Verlängerung dieser Linie bis zum Gürtel wäre dringend notwendig wie auch die Einstellung eines Schaffners im Autobusbetrieb, da dadurch erstens die Verkehrsschnelligkeit gehoben und zweitens auch die Arbeitslosigkeit ein wenig herabgemildert werden würde. Unter allen Umständen aber müsse den Verkehrsbedürfnissen der Bevölkerung Rechnung getragen werden.

In seinem Schlusswort führt Vizebürgermeister Emmerling aus, dass heute noch keine endgültige Linienführung bestimmt werden kann. Auf die vorgebrachten Bezirkswünsche werde aber selbstverständlich Rücksicht genommen werden. Wie jetzt schon alle Betriebsmittel der Strassenbahn für den Sonntagsverkehr zur Verfügung gestellt werden, so werden auch die Autobusse herangezogen werden. Die Billigkeit des Fahrpreises auf den innerstädtischen Autobuslinien bedingt die grösste Sparsamkeit, weshalb auch kein zweiter Mann auf einem Omnibus eingestellt werden kann. Die neuen Omnibusse dagegen werden neben dem Fahrer auch einen Schaffner haben. Eine Ausdehnung des innerstädtischen Autobusbetriebes ist nicht möglich, da für den Verkehr zu wenig Wagen vorhanden sind und auch der Vierminutenverkehr nicht aufrecht erhalten werden konnte.

Der Antrag wird sodann angenommen.

Vizebürgermeister Emmerling ersucht für die Herstellung einer Wagenhalle samt Nebengebäuden auf dem Platze des ehemaligen Heu- und Strohmärktes in der Linzerstrasse um die Genehmigung eines Sachkredites von 24.469 Schilling.

G.R. Haider (E.L.) stellt fest, dass der Gemeinderat am 27. Juni 1924 für die Erbauung dieser Halle einen Kredit von 700.000 Schilling bewilligte. Am 23. Juni 1925 wurde ein Nachtragskredit von 370.000 Schilling bewilligt. Im Februar 1926 wurde der Bau vollendet und die Halle dem Betrieb übergeben. Heute wird nun ein weiterer Nachtragskredit von 24.469 Schilling verlangt. Der Bau der Halle kostet also 1.074.000 Schilling. Wieso kommen Sie nun erst heute, nach dem der Bau schon beinahe zwei Jahre fertig ist, darauf, den Nachtragskredit zu benötigen?

In seinem Schlusswort erklärt Vizebürgermeister Emmerling, dass der Nachtragskredit durch verschiedene Betoneinbauten, die das Wasserhaltige Fundament verursachte, notwendig wurde. Um den Nachtragskredit wird jetzt erst angesucht weil die Hauptwerkstätte erst jetzt abrechnen konnte.

Der Antrag wird sodann angenommen.

Vizebürgermeister Emmerling ersucht um Genehmigung eines Sachkredites von 120.000 Schilling für die Ausrüstung von achthundert Beiwagen mit Dachglocken.

Dazu erklärt Gemeinderat Scholz (E.L.) dass die Dachglocken heute schon ein veraltetes System seien. In anderen Städten bedient man sich schon des Dachsystems mit elektrischen Klingeln, ja sogar schon mit Lichtsignalen. Er bemängelt, dass die Kosten der Dachglocken, die für einen Wagen 150 Schilling ausmachen, viel zu hoch sind.

G.R. Angermayer (E.L.) wünscht ebenfalls eine zeitgemässere Einrichtung. Die Pfeifferln waren für die Fahrgäste eine grosse Qual, weshalb deren Abschaffung sehr zu begrüssen ist. Der Redner macht dann noch auf den Uebelstand aufmerksam, dass in der heissen Jahreszeit 40 alte Salonwagen in den Verkehr gestellt wurden, die beinahe keine Lüftungseinrichtungen haben. Eine Fahrt in einem solchen Wagen kam einem fahrenden Schwitzbad gleich. Es ist dringend notwendig, diese Wagentypen mit entsprechenden Lüftungseinrichtungen zu versehen.

Vizebürgermeister Emmerling erklärt in seinem Schlusswort dass sich auch die Berliner Strassenbahn der Glockeneinrichtung bedient. Auch das Lichtsignal ist ihm bekannt, es ist aber bei Kuppelungen nicht verlässlich. Die beanstandeten alten Salonwagen werden, wie es das Investitionsprogramm für 1928 vorsieht, entsprechend umgebaut werden.

Der Antrag wird sodann angenommen.

Vizebürgermeister Emmerling referiert über die Punkte 16 und 17 der Tagesordnung, wonach für den Ausbau der öffentlichen elektrischen Beleuchtungen den städtischen Gaswerken und Elektrizitätswerken je ein Nachtragskredit von 250.000 Schilling zu bewilligen ist.

G.R. Zimmerl (E.L.) erklärt, dass die Bedeckung der Kredite aus den Betriebsmitteln nur deswegen vorgenommen werde, um die Überschüsse zu verschleiern. Der Bevölkerung sollen damit die Augen ausgewischt werden. Wenn die Unternehmungen so grosse Überschüsse haben, dann sollen die Tarife reduziert werden. Der Antrag wurde übrigens dem Finanzausschuss nicht vorgelegt, weshalb der Redner die Absetzung des Referates von der Tagesordnung und die Zuweisung an den Finanzausschuss beantragt.

Als sich Vizebürgermeister Emmerling mit dem Hinweis, dass die Geschäftsstücke vom Bürgermeister auf Grund des Paragraph 7 des Organisationsstatutes genehmigt worden sind, gegen den Antrag Zimmerl ausspricht, entsteht bei den Parteien der Einheitsliste grosser Lärm und dem Referenten wird zugerufen. Da brauchen wir ja überhaupt keinen Gemeinderat mehr, das ist gegen die Geschäftsordnung! Schliesslich erklärt Vizebürgermeister Emmerling mit der Absetzung einverstanden zu sein, worauf der Vorsitzende Gemeinderat Linder die beiden Geschäftsstücke von der Tagesordnung absetzt.

Vizebürgermeister Emmerling ersucht um Bewilligung eines Sachkredites von 1.600.000 Schilling für die Ausrüstung der Tiefbaufelder mit einem Kohlenvermögen von rund 60.000.000 Zentnern.

G.R. Daffinger (E.L.) erklärt, dass der Übergang vom Tagbau zum Tiefbau von der Gemeinde nur im grosskapitalistischen Sinne vorgenommen wird. Früher brauchte man zur Förderung von 50 Waggons 625 Mann, heute nur mehr 200. Er stellt an den Referenten die Anfrage, ob für die Arbeiter, die nun entbehrlich werden, gesorgt werde oder ob diese abgebaut werden.

G.R. Angermayer (E.L.) erklärt, dass erst voriges Jahr drei Tagbaue frei gelegt wurden. Das Abheben des Tagels allein kostete mehr als 35 Milliarden Kronen. Jetzt wird auf einmal zum Tiefbau übergegangen. Was geschieht nun mit den drei Tagbauen?

In seinem Schlusswort erklärt Emmerling, dass keine sofortige Umstellung vom Tagbau zum Tiefbau erfolgt, sondern die Arbeiten auf drei Jahre verteilt sind.

Der Antrag wird sodann angenommen.

G.R. Blum (soz. dem.) berichtet über die Errichtung eines Lassalle-Denkmales vor dem Wynarskyhof in der Brigittanau. Das Denkmal wird von einem Denkmalkomitee errichtet. Er ersucht um die Bewilligung einer Subvention von 5000 Schilling.

G.R. Gschladt (E.L.) führt zu dem Antrag aus, dass sich der Referent sein Referat sehr leicht gemacht habe. Er habe mit keinem Wort davon gesprochen, welches Interesse die Gemeinde Wien an der Aufstellung eines Denkmales für Lassalle hat. Bei Lassalle sucht man vergeblich nach Beziehungen zwischen ihm und Wien. Daraus ergibt sich nur der eine Zusammenhang, dass Wien von einer Partei verwaltet wird, die in Lassalle einen ihrer Gründer verehrt. Das ist ganz verständlich; die Sozialdemokratische Partei müsse aber aus ihren reichen Mitteln für das Denkmal einen Betrag

bestellen. Lassalle war wohl ein Arbeiterführer und ein Mitbegründer der sozialistischen Bewegung. Er war aber kein Proletarier und ist auch aus keiner Proletarierfamilie hervorgegangen. Wie es bei den Kavalieren seinerzeit üblich war, frangisierte er seinen Namen Loslauer in Lassalle wie es auch heute Juden machen, die aus dem Namen Saitz den Namen Seitz fabrizieren. (Rufe bei den Sozialdemokraten: Er meint seine Parteigängerin, die Frau Dr. Seitz.) Lassalle war ein Kavalier, der auch in einem Duell fiel. Diese Verhältnisse lassen seine Verberrlichung durch die Arbeiterschaft etwas merkwürdig erscheinen. Mag Lassalle seine Verdienste um die Arbeiterbewegung im sozialistischen Sinn haben, so drängt sich doch die Frage auf, was für Gründe für Wien massgebend sind, fünf-tausend Schilling zum Bau des Denkmals beizustellen. Wir haben nichts dagegen, dass sie einen sozialdemokratischen Führer, der in Wien gewirkt hat, ehren. Wir wissen in der Brigittenua andere Männer, die solche Ehrungen verdienen würden. Ich verweise nur auf den Bezirksvorsteher Lorenz Müller. Aber Sie können sich zu einer solchen gerechten Ehrung nicht aufschwingen. Wir erkennen immer mehr, dass die Mittel der Gemeinde für die Sozialdemokratische Partei verwendet werden und müssen deshalb gegen diese Post stimmen.

GR. Pfeiffer (E.L.) fordert, dass endlich eine Liste der Subventionen ansuchen dem Gemeinderat vorgelegt werde. Man wird im Gemeinderat den Subventionswirrwarr solange aufzeigen, bis es der Mehrheit so ekelhaft und zuwider wird, dass sie endlich Ordnung macht.

GR. Blum erwidert, dass die Bezirksvertretung Brigittenua einstimmig der Errichtung des Lassalledenkmal zugestimmt hat. In der Brigittenua wurden 76 Prozent sozialdemokratische Stimmen abgegeben und es müsse deshalb auch die Minderheit verstehen, dass es ein Wunsch der Mehrheit der Bevölkerung dieses Bezirkes ist, ein Lassalledenkmal zu bekommen.

Der Antrag wird angenommen. GR. Freyer ruft: So werden Steuergelder verschwendet! GR. Nachtebel (Soz. Dem.): Sie kriegen fürs Schreien ein Denkmal.

GR. Hies (Soz. Dem.) beantragt dem Verein Jugendheim, der in Wien 44 Heime betreibt, und eine Schule für Jugendheimleiter, einen Gesangskurs und verschiedene andere bildnerische Veranstaltungen durchführt, einen Gemeindebeitrag von 20.000 Schilling zu gewähren.

GR. Panosch (E.L.) meint, dass trotzdem er auf dem Gebiet der Jugendfürsorge etwas bewandert ist, über den Verein, der eine so grosse Subvention bekommen soll, nichts in Erfahrung bringen konnte. Dabei ist von Interesse, dass der Referent im Vorjahr bei der Begründung der Subventionierung des Vereines von 96 Ortsgruppen gesprochen hat, während er heuer nur von 44 redete. Wenn Sie da noch sagen, dass die Subventionen nicht rein parteimässig vergeben werden, dann weiss man nicht, was man zu einer solchen Behauptung sagen soll. (Beifall).

GR. Zimmerl (E.L.) führt aus, dass man einen Verein, der 44 Heime in Wien hat, doch kennen müsste. Aber es ist nichts zu erfahren. Im Vorjahr haben wir aufgezeigt, dass die Lokale des Vereines in sozialdemokratischen Parteihäusern sind. Aus diesem Grund hat man heuer das Adressenverzeichnis geändert und wie meisten Heime in Schulen untergebracht. Man das Gefühl, dass die Gemeinde alles, was der Verein braucht, bezahlt. Der Redner beantragt, dass das Geschäftsstück von der Tagesordnung abgesetzt und an den Magistrat zur genauen Erhebung rückverwiesen werde.

Der Rückverweisungsantrag wird abgelehnt und GR. Hies erklärt, dass der Verein insbesondere sich der arbeitslosen Jugend annahme und eine sehr erspriessliche Tätigkeit leistet. Hierauf wird die Vorlage angenommen. Eine kleine Debatte entspinnt sich noch zwischen dem Referenten und dem GR. Panosch. GR. Panosch will nämlich den Akt nehmen, worauf der Referent erklärt, dass hierzu die Genehmigung des Bürgermeisters erforderlich sei. Uebrigens hat schon im Finanzausschuss GR. Zimmerl den Akt eingehend geprüft.

GR. Hies (Soz. Dem.) ersucht um nachträgliche Genehmigung der Verfügung des Bürgermeisters, nach der die Gemeinde für die Opfer des 15., 16. und 17. Juli einen Betrag von 100.000 Schilling widmet.

GR. Zimmerl (E.L.) erklärt, dass seine Partei mit der Widmung dieses Betrages einverstanden ist. Es sei nur bedauerlich, dass der Schaden aus öffentlichen Mitteln gedeckt werden müsse. Viel richtiger wäre es, wenn man hierzu die Personen heranziehen könnte, die an den Ereignissen die Schuld tragen. Der Antrag, der heute nachträglich genehmigt werden soll, hat aber einen formalen Mangel. Wir wissen nicht, wer diese Summe und nach welchen Grundsätzen sie verteilt werden soll. Wir sind da sehr misstrauisch geworden. Der Zufall hat uns nämlich einen Fragebogen in die Hand gespielt, der in einem amtlichen Kuvert eines Fürsorgeinstitutes an ein Opfer der Juliereignisse geschickt wurde. Hier wird auch die Parteizugehörigkeit erhoben. (Hört- Hörtrufe bei den Mitgliedern der Einheitsliste).

GR. Thaller (Soz. Dem.): Das ist die Achtung vor den Toten! Infamie!

GR. Doppler (E.L.): Spielen Sie hier nicht Theater!

GR. Zimmerl (E.L.): Die Achtung vor den Toten sollte es verhindern, dass man sich nach der Parteizugehörigkeit erkundigt. Der Fragebogen ist auch in einem amtlichen Kuvert versendet. Auch die Postverwaltung wurde um das Porto betrogen. Schliesslich beantragt GR. Zimmerl die Einsetzung einer dreigliedrigen Kommission, die über die Verwendung des Betrages zu entscheiden hat. (Beifall).

GR. Dr. Wagner (E.L.) erklärt, dass auch seine Partei für die Annahme des Referentenantrages stimmen wird. Denn hier gilt das Wort: Doppelt gibt, der rasch gibt! Ich stehe aber auch unter dem Eindruck der sensationellen Mitteilungen des Kollegen Zimmerl. Der zweite Teil des Antrages, der nicht mehr von den Hinterbliebenen, sondern von den Opfern der Julitage überhaupt spricht, scheint jetzt verständlicher zu sein. Wir müssen es auf das strikteste ablehnen, Ihrer Publizistik zu folgen und all die Schuldbeladenen der Julitage frei zu sprechen. (Grosser Lärm bei der Mehrheit. Man hört lebhaftes Pfuirufe und einzelne sozialdemokratische Gemeinderäte rufen ununterbrochen: Schoberhasaren!

Nach einigen Minuten kann sich GR. Wagner wieder verständlich machen und er schliesst mit den Worten: Die Verwirrung der Rechtsbegriffe, die Sie wünschen, wird bei uns nicht Platz greifen.

Als GR. Wagner geendet, wird er von den Sozialdemokraten mit Pfuirufen überschüttet.

Dann erwidert GR. Hies, der sagt, dass es zu begrüessen sei, dass dieser Antrag einhellig angenommen werden wird. Es ist notwendig, dass die Gemeinde die Sorge für die Hinterbliebenen der blutigen Julitage übernehme, weil die Bundesregierung, deren Organe diese Opfer verschuldet haben, sich geweigert hat, helfend einzugreifen. Der Referent zeigt dann einen amtlichen Erhebungsbogen, den der Magistrat verwendet und verliest alle darauf vorhandenen Rubriken. Der vom Gemeinderat Zimmerl vorgezeigte Erhebungsbogen, sagt der Redner, sei ein Bogen der sozialdemokratischen Partei, die bekanntlich für die Opfer eine Sammlung eingeleitet hat. Es sei ganz selbstverständlich, dass sie jene Personen, die sie unterstützt, nach der Parteizugehörigkeit befragt. Wenn ein solcher Fragebogen in einem amtlichen Kuvert verschickt wurde, so liege ein Missbrauch vor, der aber sicherlich ganz vereinzelt ist. Aber deswegen dürfe niemand behaupten, dass dies von amtswegen geschehen sei. (Lebhafter Beifall).

Der Antrag des Referenten und der Zusatzantrag des GR. Zimmerl werden einstimmig angenommen und GR. Linder schliesst nach halb elf Uhr die Sitzung.